



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitstreiter,

auch heute heißt es wieder: „Post für 006“!

Aktuelle politische Situation

Vor 70 Jahren wurde die NATO gegründet. Die **NATO** ist der Garant dafür, dass wir **frei und sicher leben** können. Aber - die NATO ist nur so stark, wie die Mitgliedstaaten es zulassen. Wir müssen daher unseren internationalen Verpflichtungen nachkommen und unseren Verteidigungsetat entsprechend anpassen.



Dies sind wir **unseren Soldatinnen und Soldaten schuldig** - gerade auch für ihre Auslandseinsätze brauchen sie die beste Ausrüstung, das beste Material und das beste Training.

Und natürlich ist es für mich selbstverständlich, dass unsere Bundeswehr auch in Zukunft an Schulen durch ihre Jugendoffiziere präsent ist und über ihre Arbeit informiert. Unsere Soldatinnen und Soldaten sind schließlich "**Bürger in Uniform**" und damit ein wichtiger Teil unseres Landes!

Wer - wie die SPD in Berlin - dies verneint, dem fehlt jeglicher Respekt vor unserer Bundeswehr. Nicht die Bundeswehr sollte aus den Schulen raus, sondern die Personen, die so einen Unsinn fordern!



Kennen Sie schon meinen neuen [WhatsApp-Informationen-Service](#)?

Diese Woche im Plenum

Zwei Themen aus meinem Kulturausschuss standen in dieser Woche auf der Tagesordnung.

(i) Die Grünen wollen "**Asoziale**" und "**Berufsverbrecher**" als **NS-Opfergruppe** in die "offizielle Erinnerungskultur" einbinden, eine Entschädigung für die heute noch lebenden Opfer, die finanzielle Förderung von Forschungs- und Bildungsprojekten und die Weiterentwicklung des Gedenkstättenkonzeptes des Bundes im Hinblick auf bisher wenige beachtete Opfergruppen.

Aus Sicht unserer Fraktion ist das Anliegen einer öffentlichen Anerkennung der sogenannten "Asozialen" und "Berufsverbrecher" **grundsätzlich gerechtfertigt**. Ihre Diskriminierung und Stigmatisierung dauerte nach 1945 noch viele Jahre - zum Teil bis heute - an.

Aber die **Forderungen in dem Antrag der Grünen sind nicht zielführend**. Es gibt keine "offizielle" Erinnerungskultur, die Vorgaben an Gedenkstätten oder Aufarbeitungseinrichtungen macht, zumal das Thema schon in Ausstellungen aufgegriffen wurde. Auch die Frage von Entschädigungsleistungen überlagert das eigentliche Anliegen nach öffentlicher, politischer Würdigung. Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes schließt zudem keine Opfergruppen aus, sondern beinhaltet alle Opfer nationalsozialistischer Verbrechen.

Der Forderung nach **verstärkter Forschungs- und Bildungsarbeit** stimmen wir durchaus zu. Ein Forschungsschwerpunkt (Kooperation Uni und Gedenkstätte) oder eine Wanderausstellung wären gute Schritte, um das Thema in die Breite zu tragen. Hier sind aber in erster Linie die entsprechenden Einrichtungen gefragt. Auch eine öffentliche Würdigung im Rahmen der Gedenkveranstaltung des Deutschen Bundestages am 27. Januar wäre denkbar.

--> **Meine Rede dazu finden Sie hier: dbtg.tv/fvid/7342194**

(ii) Mit der SPD haben wir uns darauf verständigt, die pädagogische Arbeit in den Gedenkstätten zu verstärken und ein Programm "**Jugend erinnert**" ins Leben zu rufen, um Austausch und Begegnung sowie Gedenkstättenfahrten zu fördern. Das Programm soll mehrere Programmlinien enthalten, mehrjährig angelegt sein und thematisch sowohl die NS-Terrorherrschaft als auch die SED-Diktatur aufgreifen.

Schwerpunkte liegen in der inhaltlichen **Begleitung von mehrtägigen Gedenkstättenbesuchen**, z.B. durch Workshops, der Intensivierung von Zeitzeugenarbeit und der Stärkung der Jugendbegegnungen im In- und Ausland. Dabei sollen digitale und multimediale Angebote gemacht werden. Im Bundeshaushalt 2019 sind bereits insgesamt 7 Mio. € für dieses Programm eingestellt.

Angesichts der **enormen Defizite beim Wissen um die Wirkung und Folgen von Diktaturen** ist dies ein wichtiger Auftrag, dem wir auch in bundespolitischer Verantwortung Rechnung tragen wollen und müssen.

Weitere Termine in dieser Woche

In jeder Plenarwoche nehme ich viele Termine wahr, die aus meiner Sicht wichtig auch für unseren Wahlkreis bzw. Schleswig-Holstein sind. Hier finden Sie eine kleine Auswahl:

a) AG Kommunalpolitik

In der AG Kommunalpolitik wurde uns das Modell "**Kommunale Digitallotsen**" aus Baden-Württemberg vorgestellt. Ziel dabei ist es, die Gemeinden fit für die digitale Zukunft zu machen. Voraussetzung dafür ist, dass die Digitalisierung auch in der Lebenswirklichkeit der Menschen ankommt und einen konkreten Nutzen im Alltag bietet.



Digitale Transformation in baden-württembergischen Kommunen
Qualifizierungsoffensive „Kommunale Digitallotsen“

02.04.2019

Referentin Ilona Benz, M. A.

Leiterin der Stabsstelle Digitalisierung
beim Gemeindetag Baden-Württemberg
0711/ 22572-58

ilona.benz@gemeindetag-bw.de

[@Gemeindetag_BW](https://www.facebook.com/Gemeindetag_BW)

[Gemeindetag Baden-Württemberg](https://www.facebook.com/Gemeindetag_Baden-Wuerttemberg)



Mit den kommunalen Digitallotsen sollen vor allem die Mitarbeiter der Verwaltungen entsprechend befähigt werden. Seit 2017 wurde dadurch 206 Digitalisierungsprojekte in Baden-Württemberg umgesetzt und gute Erfahrungen erzielt, z.B. hinsichtlich der **digitalen Bestandaufnahme des Straßenzustands** in Kommunen.

b) Arbeitskreis Küste

Der Maritime Beauftragte unserer Fraktion, Rüdiger Kruse aus Hamburg, hat gestern morgen den ersten Entwurf unseres "**Maritimen Antrages**" vorgestellt. Im Vorfeld der nächsten Nationalen Maritimen Konferenz Ende Mai erarbeiten wir in der Koalition einen gemeinsamen Antrag. Schwerpunkte dabei sind u.a. Greentech/Hightech, Digitalisierung und Innovationen.



Dies bleibt wichtig - gerade auch hinsichtlich der **industriepolitischen Herausforderung**, vor die uns **China** in der maritimen Wirtschaft stellt.



Auch auf meiner [Facebook-Seite](#) finden Sie aktuelle Infos über meine Arbeit!

Termin-Auswahl

05./06. April

AG Kultur & Medien

Klausurtagung in Weißenfels

08. April

Deutscher Bundestag

Sitzungswoche

18. April

CDU Schleswig-Holstein

Kommission Direktwahlen

23. April

CDU Kreis Segeberg

Kreisvorstand

24. April

Merz Dental

Eröffnung der Standorterweiterung

26. April

MIT Kreisverband Plön

Unternehmerfrühstück mit Niclas Herbst

27. April

CDU Stein

Frühlingsfest

27. April

CDU Kalübbe

Boßeln

28. April

CDU NMS Tungendorf/Gartenstadt

Politischer Frühschoppen mit Daniel Günther

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Melanie Bernstein

P.S.: Wenn Sie Themen oder Termine haben, die wichtig sind aus Ihrer Sicht – dann schreiben Sie mir gerne an melanie.bernstein@bundestag.de. Ich freue mich!

[Impressum](#)